



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm, Christoph Maier** und  
**Fraktion (AfD)**

**Haushaltsplan 2024/2025;**  
**hier: Schlagkraft des Rechtssystems stärken I – zusätzliche Stellen für Richter**  
**(Kap. 04 04 Tit. 422 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 04 04 wird der Ansatz im Tit. 422 01 (Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter)) für das Jahr 2024 von 622.806,8 Tsd. Euro um 1.200,0 Tsd. Euro auf 624.006,8 Tsd. Euro erhöht.

In Kap. 04 04 wird der Ansatz im Tit. 422 01 (Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter)) für das Jahr 2025 von 656.220,6 Tsd. Euro um 1.200,0 Tsd. Euro auf 657.420,6 Tsd. Euro erhöht.

Die zusätzlichen Ansätze werden für 25 neue Stellen der BesGr. R 1 für Richter verwendet. Der Stellenplan wird entsprechend ergänzt.

Die Deckung erfolgt aus den in Kap. 04 02 Tit. 701 11 eingesparten Ansätzen.

### **Begründung:**

Die Staatsregierung erklärt in ihrer Koalitionsvereinbarung die Absicht, Justiz und Polizei in Bayern zu stärken. Allein bei der Polizei soll bis zum Jahr 2028 eine Stellmehrung um rund 2 000 Stellen veranlasst werden. Der Stellenaufbau bei der Justiz muss mit einer solchen Entwicklung Schritt halten, da das Rechtssystem nur durch eine enge Verzahnung zwischen Polizei und Justiz funktioniert. Damit Ermittlungsverfahren nicht durch personelle Engpässe bei den Gerichten steckenbleiben, bedarf es hier eines weiteren Stellenaufbaus.